

Bereich der „Preferences, persuasion, and democratic representation“ (271-358). *John Ferejohn* und *Frances Rosenbluth* (271-303) wenden sich der Seite der Repräsentierenden aus einer nach Pitkin „formalistischen“ Perspektive (278) zu und charakterisieren diese in ihrer Studie zur aristokratischen Herrschaft als „a strange and dependent kind of aristocracy“ (301). Eine stärker empirische Perspektive nehmen die folgenden drei Beiträge ein: So befasst sich *John E. Roemer* mit dem zuweilen heiklen Verhältnis von Parteipolitik und Wählerinteressen am Beispiel der amerikanischen Republikaner (304-323). *Sandhil Mullainathan*, *Ebonya Washington* und *Julia R. Azari* verdeutlichen anhand der Mediendebatten von Kandidaten im New Yorker Bürgermeisterwahlkampf von 2005 (324-341), wie kompliziert eine Messung der Effekte dieser Debatten sich gestaltet (339), während *Gary W. Cox* den Band mit einem Beitrag (342-357) zur Diskussion der Modelle der „swing“ und der „core voters“ (342) beschließt.

Es ist auch diese methodische Vielfalt, die den vorliegenden Sammelband so attraktiv macht, bietet er doch eine elegante Verbindung von Erkenntnissen aus Geschichts-, Volks- und Politikwissenschaft, Theorie und Empirie. Gerne hätte man deshalb noch mehr gelesen – beispielsweise zum anklingenden Thema der Wechselwirkung zwischen ökonomischer Ordnung und politischer Repräsentation oder zur internationalen Dimension. Doch handelt es sich hier gewissermaßen um einen Standardvorwurf an Sammelbände; die in diesem Band vorgenommene Konzentration auf bestimmte Aspekte ist nachvollziehbar. Hervorgegangen aus einer Konferenz der Reihe „Rethinking

Political Order“ in Yale 2006, bietet der Band eine glänzende Diskussion politischer Repräsentation auf höchstem wissenschaftlichen Niveau, die herrschende Forschungsmeinungen zur Repräsentationsdemokratie kritisch hinterfragt und innovativ weiterentwickelt.

Birgit Hofmann

Vergleichende Politikforschung

Steinmo, Sven. *The Evolution of Modern States. Sweden, Japan, and the United States*. Cambridge. Cambridge University Press 2010. 288 Seiten. 50£/57,38 €.

Wie gehen hochentwickelte, demokratisch verfasste Industriestaaten mit den Herausforderungen wirtschaftlicher Globalisierung um, und warum scheint sich insbesondere die Vermutung nicht zu bestätigen, dass die entsprechenden Anpassungsstrategien unvermeidbar konvergieren, und zwar zu einem sozialpolitischen „race to the bottom“, also zum drastischen Abbau wohlfahrtsstaatlicher Elemente? Auf diese nicht ganz neuen Fragen wirft *Sven Steinmo* anhand einer vergleichenden Untersuchung der drei sehr unterschiedlichen Systeme Schwedens, Japans und der USA einen frischen, unorthodoxen, anregenden Blick. Die eigentliche Absicht des Buches geht aber, wie sich schnell erweist, über diese konkreten wirtschaftspolitischen Fragen und Fallbeispiele deutlich hinaus; der nicht ganz glückliche, weil missverständlich allgemein gehaltene, wenig aussagekräftige Titel des Buches deutet es an: Es geht darum, zwar auch

empirische, vor allem aber methodologische überkommene Weisheiten aufs Korn zu nehmen.

Steinmo, US-Amerikaner mit norwegischem „Migrationshintergrund“ und umfassender Europa- und Japan-Erfahrung, vergleichender Institutionenforscher und politischer Ökonom, der sich vor allem mit der komparativen Analyse von Finanzinstitutionen international einen Namen gemacht hat, ist für ein solches Unterfangen bestens qualifiziert. Auf der Grundlage seiner in vielen Jahren als Professor an der University of Colorado, seit 2007 am EUI in Florenz und zwischendurch als Gast an Universitäten in mehreren anderen Ländern gewonnenen Einsichten und Erfahrungen plädiert er argumentativ und durch praktische Vorführung an seinen Fallbeispielen dafür, komplexe soziale Makrophänomene mithilfe von „evolutionary narratives“ zu beleuchten. Damit positioniert er sich ausdrücklich in Opposition zu den in der empirischen Politikwissenschaft vorherrschenden methodologischen Orientierungen. Er tut dies mit sichtlicher Lust an der Provokation, aber zugleich mit der ernsthaften Absicht methodologischer Reflexion und Diskussion. Das ist auf jeden Fall anregend; zumindest fordert es zum Widerspruch heraus – und zwar im Sinne einer echten Herausforderung, nicht lediglich habituell, sondern methodologisch fundiert zu widersprechen.

Die Untersuchung ist übersichtlich strukturiert. In einem umfangreichen einleitenden Kapitel erläutert der Autor sein Verständnis von vergleichender empirischer Politikforschung und den Möglichkeiten und Grenzen politikwissenschaftlicher Erkenntnis im Allgemeinen und entwickelt daraus die Gründe für einen Ansatz, der die Evo-

lution politischer Institutionen betont und zudem mit seiner narrativen Ausrichtung dem vorherrschenden Methodenkanon zuwiderläuft. Eine knappe Vorstellung der drei anschließend ausführlich behandelten Fälle und eine Erläuterung der einheitlich dreiteiligen Struktur der betreffenden Kapitel schließt die Einleitung ab. Eine Tabelle, in der die Ausprägungen der vom Autor für besonders relevant erachteten Merkmale der politischen, ökonomischen und sozialen Systeme der drei untersuchten Länder, die je zu verzeichnenden besonderen Herausforderungen und die entsprechenden Anpassungsstrategien vergleichend gegenübergestellt sind, erleichtert schon hier den Überblick.

Die folgenden drei Kapitel sind den „evolutionary narratives“ zu den drei Fällen gewidmet. Im ersten Teil werden jeweils die als besonders relevant erachteten Merkmale des politischen, ökonomischen und sozialen Systems dargestellt, im zweiten Teil wird die historische Evolution dieser Systemkomponenten und ihres Zusammenspiels skizziert und im dritten Teil auf die spezifischen Herausforderungen eingegangen, denen die Systeme aktuell ausgesetzt sind, sowie auf die Anpassungsstrategien, die sie diesbezüglich entwickelt haben. Jedes Kapitel endet mit einem kurzen Ausblick, der die „evolutionary narratives“ tentativ in die Zukunft extrapoliert. *Steinmo* kommt zu einer für Schweden optimistischen, für Japan unsicheren und für die USA eher pessimistischen Erwartung.

Das fünfte und letzte Kapitel beginnt mit einigen allgemeineren Schlussfolgerungen aus den Gemeinsamkeiten und den Unterschieden der drei Fallbeispiele, wendet sich dann aber vor allem

noch einmal der Diskussion der Frage nach der Angemessenheit eines evolutionären Ansatzes und nach der Rolle von Akteuren, Institutionen, Staaten usw. in einem solchen Ansatz zu.

Die Sprache ist klar und verständlich, der Aufbau plausibel. Die unorthodoxe Herangehensweise wird ausdrücklich reflektiert, ihre Vorzüge ebenso wie ihre Grenzen werden hervorgehoben. Das sollte auch für Studierende leicht zugänglich sein und ist sowohl bezüglich der Fallbeispiele als auch methodologisch instruktiv. Zu betonen ist allerdings, dass die Transparenz der Untersuchung besonders die Grenzen des Ansatzes deutlich zeigt: Die angebotenen „narratives“ sind mehr oder weniger plausibel; methodologische Kriterien, die eine Entscheidung zwischen ihnen und möglichen alternativen „narratives“ begründen könnten, werden aber nicht geliefert. Zudem enthalten die „narratives“ zahlreiche Aussagen über – relativ simpel scheinende – Kausalbeziehungen, ohne dass die zugrunde liegenden Hypothesen oder Theorien offen gelegt und diskutiert würden, was zur Warnung des Autors vor simplen Kausalhypothesen zur Erklärung hochkomplexer Makrophänomene nicht gut zu passen scheint. Und gerade wenn man *Steinmos* Diagnose der Schwierigkeiten des Umgangs mit komplexen Phänomenen, an deren Zustandekommen nicht nur zahlreiche vermutlich oft interdependente Wirkungsfaktoren, sondern auch Handlungen beteiligt sind, die bekanntlich intendierte, aber auch unintendierte Wirkungen haben können, zustimmt oder wenn man seine Argumente für die Nützlichkeit eines evolutionären Ansatzes akzeptiert, wird man das Fehlen konstruktiver Methodenhinweise bedauern. Die am Ende stehende bloße

Hoffnung, dass eine mögliche positive Entwicklung tatsächlich eintreten möge, befriedigt nicht.

Wie gesagt: Der Band wirft Fragen auf, die man gerne mit dem Autor diskutieren würde, fordert Widerspruch heraus: Die Provokation zur Diskussion ist gelungen.

Ruth Zimmerling

Zittel, Thomas. *Mehr Responsivität durch neue digitale Medien?. Die elektronische Wählerkommunikation von Abgeordneten in Deutschland, Schweden und den USA*. Baden-Baden. Nomos 2010. 268 Seiten. 49 €.

Noch jeder größere technologische Wandel hat die Phantasie belebt, auch in der Politik. Dabei stehen aufklärerische Hoffnungen neben apokalyptischen Befürchtungen. Das betrifft den Traum, dass mit der Digitalisierung die technische Infrastruktur zu der schon von Kant propagierten Chance zur Selbstaufklärung des Publikums gegeben sei ebenso wie die Furcht, dass Orwell'sche Visionen schon längst Wirklichkeit geworden seien. Was der über die Jahre stark normativ geprägten Debatte über die „elektronische Demokratie“ lange gefehlt hat und weithin noch fehlt, ist der nüchterne, auf empirische Befunde gestützte Blick auf konkret zu untersuchende Wirkungszusammenhänge einer „digitalen Revolution“ in politischen Kontexten. Erschwerend erweist sich dabei die Tatsache, dass die Änderungsgeschwindigkeit des technologischen Wandels die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dessen Folgen nicht selten überholt. Das gilt für die Frage nach den kurz- und langfristigen Wirkungen des Einsatzes digitaler Medien auf das